

19. JAHRHUNDERT ARMUT... VON DER LANDWIRTSCHAFT ZUR INDUSTRIE



Ebingen um 1895



Tailfingen 1910

Karge Böden, harte Winter, Realteilung der Flächen bei Erbschaft und Geburtenüberschuss hatten schon seit dem 17. Jahrhundert zur zunehmenden Verarmung der bäuerlichen Bevölkerung geführt.

Auswege boten die Auswanderung, vor allem aber die Aufnahme von handwerklichen Tätigkeiten, sei es in eigener Regie oder in Heimarbeit für andere Kleingewerbebetriebe, deren Besitzer sich schon früh »Fabrikanten« nannten. Dabei zeigte sich schnell eine Tendenz zu Tätigkeiten im textilen Bereich: Zeugmacher, Leinenweber, Strumpfwirker, Hutmacher; später kamen Cord- und Samthersteller dazu; vor allem in Onstmettingen etablierte sich in der Nachfolge von Philipp Mathäus Hahn eine kleine feinmechanische Produktion, vor allem von Waagen.

Doch es blieben kleine handwerkliche Betriebe. Maschineneinsatz kam zunächst kaum in Frage, auch deshalb, weil die wenigen Wasserläufe auf der Alb zu schwach und zu unstet waren, um eine geregelte Produktion zu erlauben. Durch den Textilfabrikanten Johannes Mauthe (Löwen-Mauthe) kamen 1834/36 die erste Dampfmaschine und der erste mechanische Rundwirkstuhl nach Ebingen. Dies war eine wirtschaftliche Revolution, der Beginn der Industrialisierung in unserem Bereich.

Auch wenn es nicht zu einem Weberaufstand wie 1844 in Schlesien kommt, so gibt es doch Proteste nicht nur aus der Arbeiterschaft, sondern in Verbindung mit den Unruhen der Revolution von 1848 auch von Seiten der »Handwerker-Fabrikanten«. Der Manchesterfabrikant Martin Linder schreibt im »Alb-Boten« vom 18.3.1848:

»Durch Vervollkommnung der Fabriken und der Maschinen, durch den Bau von Eisenbahnen vermehrt sich die Masse der Armen und dadurch Notleidenden immer mehr. Hunderttausende haben durch die Spinn- und Webmaschinen ihren Erwerb verloren und der Handwerkerstand wird völlig zugrunde gerichtet.« Er empfiehlt: 1. »Zurückweisung auf den Feldbau, wie unsere Vorfahren ihn trieben und Aufgeben des luxuriösen Lebens und Treibens...« und 2.

»Niederdrückung aller Fabriken und Maschinen in ganz Europa und die Wieder-



Verarbeitung von Rohbaumwolle in einer Ebinger Fabrik – um 1920



Einer von vielen: Nähsaal aus den 1950er Jahren und kaum anders als zuvor

Soziale Verantwortung kann man dem Autor sicher nicht absprechen, aber er denkt sicher auch an seine »Handwerker-Fabrik«. Er ist ganz »Demokrat«, aber weit davon entfernt Sozialdemokrat zu sein. Eigentum ist ihm wichtig und so antwortet er auf die selbst gestellte Frage »Was soll aber aus den Fabriken werden? Man soll die Besitzer derselben einigermaßen entschädigen, sie nicht zugrunderichten.«

Dass der Weg der Maschinenstürmer in die Irre führt, beweist sich im Laufe der kommenden Jahre. Einzelne Handwerksbetriebe folgen dem Beispiel von Johannes Mauthe. Es entstehen zahlreiche neue Arbeitsplätze.

Der endgültige Durchbruch zur Industriestadt geschieht dann durch den Eisenbahnanschluss im Jahre 1878. In Ebingen, später auch in Tailfingen entstehen Arbeitsplätze und die Einwohnerzahlen steigen. In Ebingen verdoppelt sie sich

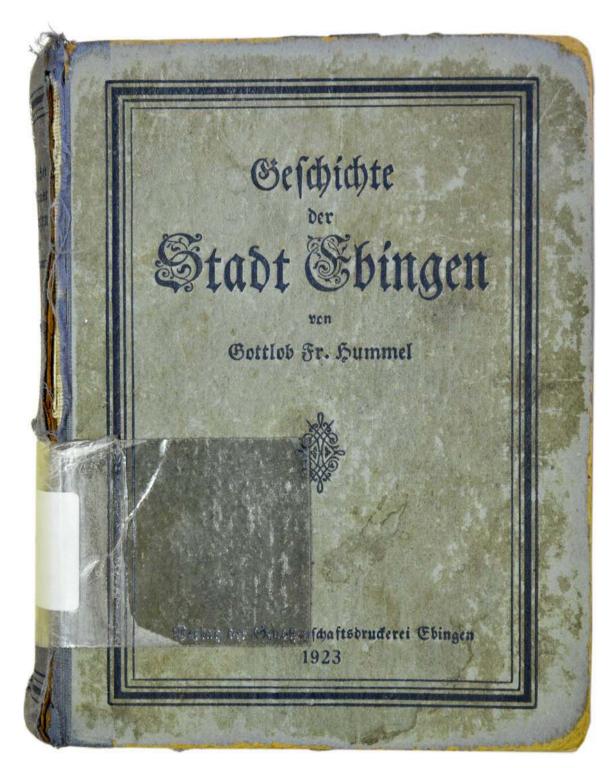
von ca. 5.200 im Jahre 1870 auf rund 11.400 im Jahre 1910. Doch mit der aufkommenden Industrie sind die sozialen Probleme nicht gelöst. Arbeiter und auch viele kleine Handwerker bleiben arm, werden in den neuen Fabriken oft bis zur Erschöpfung ausgebeutet. Von Empörung ist zunächst jedoch nichts zu spüren. Es braucht offensichtlich den Anstoß von außen, bis sich auch in Ebingen Widerstand organisiert. Eine Rolle dabei spielen wohl die Eisenbahnbauer und die Hutmacher, die – häufig auf Wanderschaft – in anderen Teilen des Reiches in Berührung mit organisierten Arbeitern gekommen waren.



Fabrikgebäude Gebrüder Haux, Ebingen



SOZIALDEMOKRATEN IN EBINGEN BIS 1890 DER »RAUCHERCLUB« GEHEIME ZUSAMMENKÜNFTE IN DEN EBINGER WÄLDERN



unter der Jührung des hutmachers Max Glenger als Dorstand und der Männer Besenbeck, Klett und Karl Feßler als Ausschußmitglieder. Die Mitgliederzahl betrug 30—40.

Das Sozialistengesetz vom Iahr 1878 bereitete dem Verein scheinder ein Ende. Aber er hatte nur den Namen geändert, denn er bestand weiter unter dem harmlosen Namen "Rauchklub", welcher seine Tagungen in der Wirtschaft zur Silberburg abhielt. Nach Aushebung des Ausznahmegesetzes im Jahr 1890 trat der Verein unter dem Namen "sozialdemokratischer Verein" wieder an die Oeffentlichkeit. Sein nunmehriger Vorsitzender war hutmacher Georg Wolfer. Vom Jahr 1901—1920 führte Gemeinderat Adolf Gomringer den Vorsitz des Vereins, der in dieser Zeit auf etwa 300 Mitglieder anwuchs. Sein Nachsolger ist Gemeinderat Hans Schaudt.

Gottlob Hummel schreibt 1923 in seinem Buch »Geschichte der Stadt Ebingen« über den Arbeiterverein und seine Fortführung unter dem Sozialistengesetz



Die Ebinger Polizeiwache 1914. Über Jahrzehnte hinweg waren die Polizisten der Außenstelle Ebingen des Königlichen Landjägerkorps die »treuen« Begleiter aller sozialdemokratischen Aktivitäten, die sie zu observieren und über die sie dem Königlichen Oberamt detailliert zu berichten hatten. In der Zeit der Illegalität war es ihnen allerdings nicht gelungen, die geheimen Zusammenkünfte der Sozialdemokraten aufzudecken.

Es scheint inzwischen gesichert, dass es schon Jahre vor der Aufhebung des Sozialistengesetzes in Ebingen Sozialdemokraten gab. Die Frage, ab wann diese als Verein oder Partei eine feste Organisationsform hatten, lässt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Je nach Quelle und ihrer Bewertung wird man die Jahre 1876, 1886 oder gar erst 1890 als Gründungsjahr der Ebinger Sozialdemokratie nennen können. Walter Stettner berichtet in seinem Buch »Ebingen, Geschichte einer württembergischen Stadt«, dass bei Angestellten der Eisenbahnbaugesellschaft in den siebziger Jahren, erstmals sozialdemokratische Schriften entdeckt worden seien.

Ein Artikel im »Alb-Boten« vom 1.12.1927 berichtet von der Feier zum 40. Geburtstag der Ebinger SPD: »Am Sonntag, den 27. November feierte der hiesige Sozialdemokratische Verein sein 40-jähriges Bestehen. Die Gründung fiel in die Zeit des Sozialistengesetzes. Der Verein konnte aus diesem Grunde damals nicht als sozialdemokratischer Verein gegründet werden, deshalb nannten ihn seine Gründer »Rauchklub«. Von den Gründern weilen heute noch einige als treue Mitglieder unter uns.«

Aus den Unterlagen zur 65-Jahrfeier des Ebinger SPD-Ortsvereins (1956) ergeben sich Hinweise, dass es auch in der Zeit der Illegalität während der Geltung des Sozialistengesetzes aktive Anhänger der SPD gab. Demzufolge wurden »in den Wäldern um Ebingen geheime Zusammenkünfte Ende der 1880er Jahre von Anhängern des Sozialdemokratischen Vereins abgehalten. Der Polizei gelang es trotz größter Anstrengung nicht, diese geheimen Versammlungsorte ausfindig zu machen. Der größte Teil der Mitglieder bestand aus Arbeitern der damals bestehenden Hutfabriken. Illegale Zeitungen kamen aus der Schweiz und wurden von Schuhmachermeister Karl Feßler auf Schleichwegen nach Ebingen geschafft«.

Man darf annehmen, dass dieser Arbeiterverein einem sozialdemokratischen Ortsverein entsprach, auch deshalb, weil der Name Karl Feßler nach 1890 im Zusammenhang mit der Ebinger SPD immer wieder auftaucht. Die zuverlässigsten Auskünfte über die Aktivitäten der Sozialdemokraten in der Zeit nach dem Erlass des Sozialistengesetzes geben die Akten des »Königlichen Landjägerkorps«, der »Stasi« der württembergischen Monarchie. Zusammen mit dem Stadtschultheißenamt berichteten sie über die »Umtriebe der Sozialdemokratie«. So meldet der Landjäger Krapf am 19. Oktober 1888, dass »in verflossener Nacht auf dem Aussichtsturm des Schloßfelsens hiesiger Markung eine 3 Meter lange, an einer Stange befestigte rote Fahne aufgepflanzt wurde«, und »genanntem Thurme unterhalb der Fahne ein Plakat von weißem Papier angebracht, auf welches ein Bild (Holzschnitt) von L. Lassalle aufgeklebt ist. Über diesem Bilde sind in großen Buchstaben in lateinischer Schrift die Worte angebracht: zum X-jährigen Jubiläum. Ferner links des Bildes: »Hoch Lassalle« und rechts desselben: »Hoch lebe die Sozialdemokratie«.

Die minutiöse Darstellung zeigt, mit welcher Genauigkeit die württembergischen Landjäger Sozialdemokraten auszumachen suchten. Allerdings, so vermeldet dieser Bericht weiter, »die angestellten Nachforschungen nach dem, bzw. den Tätern waren bis jetzt ohne Erfolg«.



Sonnenstraße in Ebingen um 1900. Rechts vome ist das Gasthaus zur »Sonne« erkennbar. Es war um das Jahr 1890 das Lokal, in dem die Ebinger Sozialdemokraten meistens verkehrten. Der Sonnenwirt Olaf Hofmann war 1890 bei der Gründung des Ortsvereins einer der führenden Sozialdemokraten am Ort.

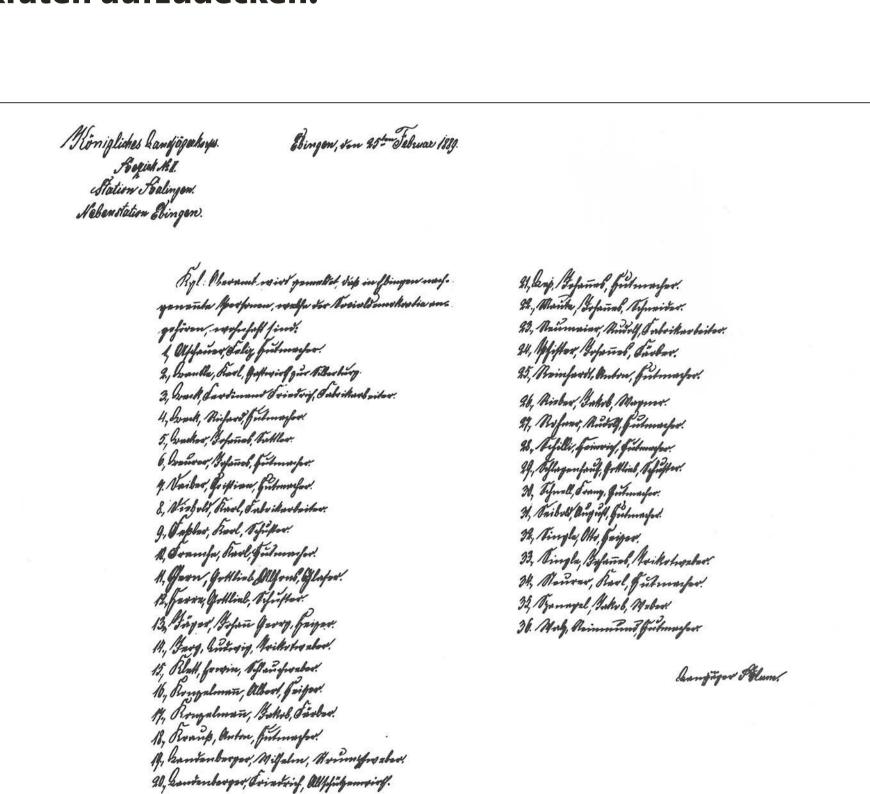
Obwohl das Sozialistengesetz erst Ende 1890 aufgehoben wurde, wurden Sozialdemokraten in Ebingen und Tailfingen anlässlich der Reichstagswahl bereits im Frühjahr 1890 öffentlich aktiv. Von der ersten öffentlichen Veranstaltung am Sonntag, den 9. Februar 1890 mit dem Wahlkreiskandidaten der SPD, dem Apotheker Lutz aus Baden-Baden, berichtet das Königliche Landjägerkorps und beschreibt detailliert alles, was sich von der Ankunft des Kandidaten auf dem Ebinger Bahnhof bis zu seiner Abreise ereignete:

»Lutz wurde am Bahnhof von sämtlichen Hutmachern und sonstigen Gesinnungsgenossen empfangen, denen er jedem einzeln die Hand drückte. Von da ab ging es in den Saalbau. Dort waren etwa 400 Personen, worunter 115 unter 25 Jahren, versammelt. Der Saal war gedrückt voll.«

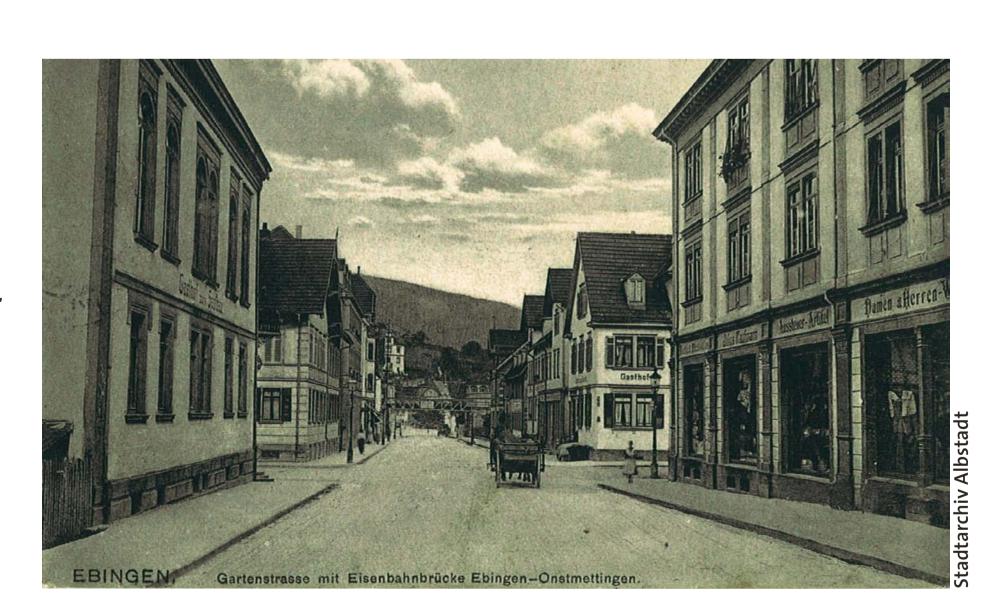
Über die am Tag darauf in Tailfingen im »Rößle« stattfindende Versammlung des »Arbeiter-Wahlvereins«
heißt es im selben Protokoll weiter: »Dieser hat Schultheiß Schmid angewohnt. Der Saal war auch hier stark besetzt.« Offensichtlich hatte der Landjäger Elsäßer dann
Feierabend, denn er verließ die Versammlung »um 8
Uhr« und kehrte nach Ebingen zurück. Aus der Rückkehr
der ihm bekannten Ebinger Sozialdemokraten »Grimm,
Feßler und Sonnenwirt Hoffmann« schloss er, dass die
»Versammlung bis 9 Uhr beendet war.«

Bei diesen Versammlungen traten offensichtlich auch Vertreter der »Demokraten«, also des politischen Gegners auf, denn in einem Zeitungsbeitrag der »Thailfinger Sozialdemokraten« vom 13. 2. 1890 verwahren sich diese gegenüber den »vom demokratischen Gegner gemachten persönlichen Angriffe auf sämtliche hiesigen Sozialdemokraten.«

Obwohl offiziell noch verboten, ist die SPD bereits im Brennpunkt des politischen Geschehens, da sich sowohl »Demokraten«, als auch die »Deutsche Partei«, die früheren »Nationalliberalen« vor der Stichwahl um SPD-Wähler bemühen oder umgekehrt, sie dadurch zu verunglimpfen suchen, dass sie der anderen Partei vorwerfen, »sie versuche mit dem Führer der SPD in Ebingen zu verhandeln, um die Stimmen der Sozialdemokratie zu erhalten«.



Mit Schreiben vom 25. Februar 1889 meldet die Ebinger Nebenstation des Königlichen Landjägerkorps dem Königlichen Oberamt eine Liste von 36 Personen, »welche der Sozialdemokratie angehören«. Dieses Verzeichnis zeigt, dass die Hutmacher in Ebingen die tragende Berufsgruppe der Sozialdemokratie waren. Sie waren meist ledig, frei, unabhängig, wohl auch gewitzter und fürchteten sich deshalb weniger vor den Verfolgungen als die einheimischen Familienväter. Diese Hutmacher logierten in Ebinger Wirtschaften, unter anderem beim »Sonnenwirt« Olaf Hoffmann. Dieser war einer der führenden Sozialdemokraten der ersten Stunde in der Stadt.



Gartenstraße in Ebingen um 1910. Links ist noch das »Gasthaus zum Saalbau« erkennbar, die spätere »Eintracht«. Hier fand im Februar 1890 die erste öffentliche Versammlung der Sozialdemokraten in Ebingen statt.



Gasthof zum Saalbau um 1910. Der Aufmarsch findet auf der heutigen Bahnhofsstraße statt.



1890–1914 GRÜNDUNGEN, NEUGRÜNDUNGEN PARTEIARBEIT UND WAHLEN



Statut der Ebinger SPD vom 30. November 1890

Aus den Arbeiter-Wahlvereinen wurden im Laufe des Jahres 1890 offizielle SPD-Ortsvereine gegründet. Der am 6. Juli 1890 gegründete Balinger SPD-Ortsverein beschließt, »das Statut des bereits bestehenden Ebinger Vereins unverändert zu übernehmen.« Der Ebinger Ortsverein muss also vorher schon bestanden haben, auch wenn er sein eigenes Statut offiziell erst am 30. November 1890 absegnet.

Für Tailfingen ist das offizielle Gründungsdatum den Landjägerakten zu entnehmen. Dort wird eine Anzeige aus dem »Neuen Alb-Boten« vom 2.8.1890 zitiert. Danach »findet heute Abend 8 Uhr eine Versammlung im Gasthaus Bären in Thailfingen statt, zum Zwecke der Bildung eines Arbeitervereins.«

Die Ortsvereine von Ebingen und Tailfingen bleiben die tragenden Vereine im Oberen Bezirk. Auch in Pfeffingen, Onstmettingen und Truchtelfingen bilden sich in den kommenden Jahren Ortsvereine der SPD. In einem Polizeiprotokoll von 1903 wird von 40 Mitgliedern in Onstmettingen und 80 in Tailfingen berichtet. Im selben Jahr, am 5. September 1903, gründeten 25 Truchtelfinger einen SPD-Ortsverein. In Ebingen spricht das Stadtschultheißamt von 100, die Landjäger schätzen die Mitgliederzahl auf 400–500. Erster Vorsitzender in Ebingen war der Hutmacher Georg Wolfer. Über volle 21 Jahre (1898–1919) übte anschließend Adolf Gomringer das Amt des 1. Vorsitzenden aus. In Tailfingen war Jakob Sämann schon vor dem 1. Weltkrieg für einige Jahre 1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins.



Poststraße in Ebingen um 1910. Im Vordergrund ist die neue Bahnlinie, die heutige Zollern-Alb-Bahn, aus Tübingen zu sehen. Die Polizei berichtet bei ihrer Errichtung 1877, dass Ingeniere, die am Bau der Eisenbahnlinie beschäftigt sind, den sozialdemokratischen »Vorwärts« abonniert hätten. Damit öffnet sich Ebingen und Umgebung mit der Errichtung des Bahnanschlusses nicht nur für Handel, Gewerbe und Verkehr, sondern auch für fortschrittliches Ideengut.

Parteiarbeit – »Sogar eine Frau unter den Anwesenden«

Nachdem die Internationale der Arbeiterbewegung 1889 den 1. Mai zum Tag der Arbeiter proklamiert hatte, fanden jedes Jahr zum 1. Mai auch in Ebingen Umzüge und Feiern statt. Da zu jener Zeit der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag war, konnten die Arbeiter kaum an diesen Umzügen teilnehmen. Man braucht sich von daher nicht wundem, wenn im »Alb-Boten« vom 5.5.1891 geschrieben wird, dass der Mai-Umzug »in seiner Kleinheit den Humor förmlich herausforderte«, oder wenn dieselbe Zeitung am 2.5.1896 schreibt, dass »außer einigen Bauhandwerkern, die des strömenden Regens wegen von ihrer Arbeit flüchten mussten und in den Wirtschaften untergestanden sind, wohl niemand gefeiert hat.« Kundgebungen und Wahlveranstaltungen in den Sälen der Wirtshäuser, bei denen neben Landes- und Reichs-

politikern auch die führenden Sozialdemokraten aus der Umgebung sprachen, waren immer sehr gut besucht. Von bis zu 400 Teilnehmern wird in unterschiedlichen Quellen berichtet. Diese, für heutige Verhältnisse, sehr hohe Besucherzahl lässt sich damit erklären, dass es weder Rundfunk noch Fernsehen gab und dass sich viele keine Zeitung leisten konnten. Außerdem war es üblich, dass man auch die Veranstaltungen der politischen Konkurrenz besuchte, um dort heftig mitzudiskutieren; dies steigerte den Unterhaltungswert ungemein.

Neben den politischen Aktivitäten kam das gesellschaftliche Leben bei den sozialdemokratischen Ortsvereinen nicht zu kurz: Das ganze Jahr über fanden gesellige Veranstaltungen statt: Sommerfeste, Waldfeste, Weihnachtsfeste. Selbst diese Vergnügungen wurden von den Landjägern der Monarchie observiert.

Alle Akten der Landjäger und alle Berichte der konservativen Presse betonen, dass »keinerlei Störung der Ordnung, keine Ausschreitungen und sonstige Vorkommnisse wahrzunehmen« waren. Die stete Wiederholung und Heraushebung dieser Tatsache bei sozialdemokratischen Veranstaltungen weist darauf hin, dass in Kreisen der Monarchisten und des »liberalen« Bürgertums offensichtlich von Furcht getragene Vorstellungen über die Sozialdemokratie herrschten. Neben dem allgemeinen politischen Streben nach einer umwälzenden Veränderung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, bemühten sich die Arbeiter, ihre persönliche Notlage direkt zu verbessern. Gewerkschaften, Kosum- und andere Vereine sind aus der Arbeiterbewegung entstanden, um das Leben der Arbeiter zu erleichtern.



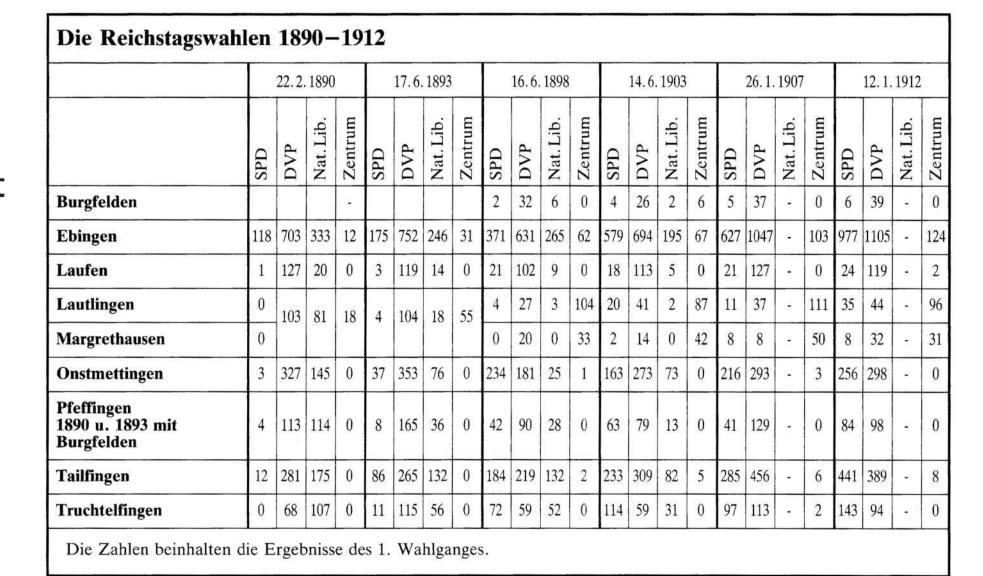
Spitalwiesen mit den Schulen und der Ebinger Festhalle um 1910 bei einer Feuerwehrübung

Wahlen

Ab 1898 erreichte die SPD in den protestantischen Gemeinden hinter der DVP bei den Reichstagswahlen immer den 2. Platz; in Onstmettingen und Truchtelfingen wurde sie im Jahre 1898 stärkste aller Parteien, konnte den Erfolg aber später nicht wiederholen.

In Ebingen konnte die SPD die führende Rolle der DVP nie gefährden. Sie wurde von den jungen aufstrebenden Unternehmern der Textilindustrie unterstützt und verfügte mit dem »Neue Alb-Bote« über eine eigene Lokalzeitung, ebenso wie die nationalkonservative Deutsche Partei, die sich mit dem »Alb-Bote« parteipolitisch Gehör verschaffen konnte.

In den katholischen Gemeinden Lautlingen und Margrethausen wurden die Sozialdemokraten nicht nur von
Presse und Unternehmern bekämpft, sondern auch von
kirchlicher und pädagogischer Seite, fordert doch schon
1890 der Dorfschullehrer Winz dazu auf, »gegen diese
Leute zu kämpfen wie ein Mann, das ist Pflicht nicht nur
aller Katholiken, nein, aller Christen.«





Anzeige im Alb-Bote vom 16. Dezember 1892. Zur Bürgerausschusswahl 1892 machte die SPD in Ebingen erstmals einen eigenen Personalvorschlag, dokumentiert durch diese erste Wahlanzeige in der Geschichte unseres Ortsvereins.

Während zum Reichstag jeder Mann wählen konnte, durfte auf der Gemeindeebene nur wählen, wer Gemeindesteuern bezahlte. Damit war die Ausübung des aktiven Wahlrechts gebunden an eine finanzielle Belastung, die die Anhänger der SPD besonders hart traf. Gewählt wurden vor allem Fabrikanten, Kommerzienräte, selbstständige Handwerker und Händler. Bis zum Jahre 1911 galt das Mehrheitswahlrecht. Neben den Personenvorschlägen der Parteien, gab es im Wahlkampf zahlreiche Zeitungsanzeigen, mit denen für einzelne oder mehrere Kandidaten geworben wurde, auch für solche, die nicht auf einem Parteivorschlag zu finden waren. 1903 sind die Sozialdemokraten erstmals in Ebingen, Tailfingen und Onstmettingen mit eigenen Listen angetreten.



Wahlanzeige im Alb-Bote vom 14.12.1909. Unterzeichnet waren diese Anzeigen dann meistens mit »Bürgerversammlung Hirsch Tailfingen« oder »Sehr viele Wähler« (Fabrikarbeiter). Dahinter verbargen sich oftmals Stammtische oder sonstige private Gruppen. Kurios sind Anzeigen, wie die des »Brennmaterialienvereins« oder der »Johannesgesellschaft«, in Tailfingen, mit der zur Wahl aller Kandidaten mit dem Vornamen »Johannes« aufgerufen wurde. In allen Wahlkämpfen spielte der Ausschank von Freibier durch einzelne Kandidaten eine große Rolle, obwohl dies verboten war und nach dem Reichsstrafgesetzbuch »als Stimmenkauf oder -verkauf strafrechtliche Folgen haben« und nach der Gemeindeordnung »die Ungültigkeit der Wahl bewirken« konnte.

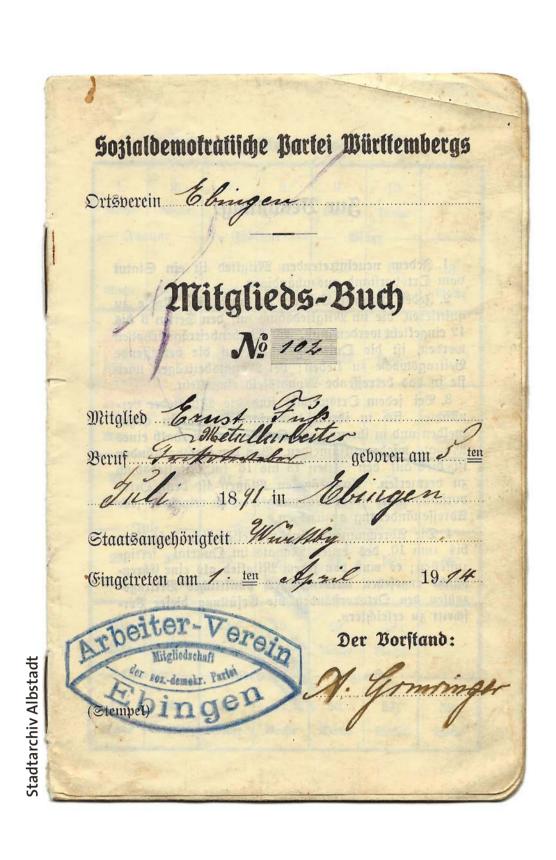
Erste Erfolge gelingen den Sozialdemokraten im Jahr 1908, als Karl Feßler in den Ebinger Bürgerausschuss gewählt wird. Um dieselbe Zeit werden in Tailfingen Jacob Sämann und Andreas Bitzer Mitglieder im Bürgerausschuss. Bei den Wahlen ab 1909, bei denen jeweils nur ein Teil des Gremiums neu gewählt wurde, konnten in Ebingen und Tailfingen jeweils zwei Sozialdemokraten in den Gemeinderat einziehen. Bei der Wahl 1912 in Tailfingen gewann die SPD alle zu vergebenden Sitze. Dies ist ein einmaliges Wahlereignis in der langen Geschichte der Albstädter SPD.

Der Ebinger Gemeinderat auf einem Ausflug zur Besichtigung des Rathausneubaus in Schramberg, August 1913.





1914 – 1933 ERSTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND DIE WEIMARER REPUBLIK



Parteibuch eines Mitglieds der SPD in Ebingen, 1914.

Krieg spaltet die Partei

Im März 1916 bricht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach einem Streit um Kriegskredite auseinander, 18 SPD-Abgeordnete wollen nämlich keine mehr bewilligen. 1917 entsteht mit ihrer Beteiligung die »Unabhängige Sozialdemokratische Partei« (USPD). Die USPD löst sich 1922 wieder auf, es gab aber in den Jahren 1919–1922 Gruppen der USPD in Tailfingen und Ebingen. Aus dem Spartakusbund wird im Dezember 1918 die KPD. Erst ab 1920 werden aus den sich auflösenden USPD-Vereinen Ebingen und Tailfingen jeweils Ortsvereine der KPD gebildet.

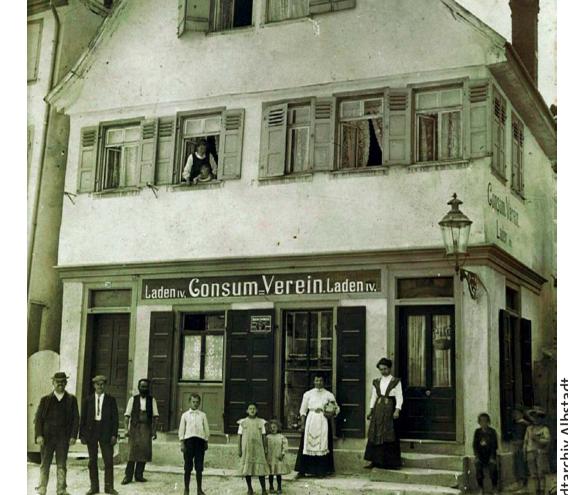
Mangelhafte Güter- und Nahrungsmittelversorgung nach dem Ersten Weltkrieg, verbunden mit gleichzeitigen Preissteigerungen brachte Unstimmigkeiten, Unzufriedenheit mit sich und führte im Laufe des Jahres 1918 zu mehrfachen Streiks und Demonstrationen.

In unserer Stadt

Konsumvereine hatten für die Lebensmittelversorgung der Arbeiterfamilien schon in der Kriegszeit wachsende Bedeutung erlangt und die Zahl ihrer Mitglieder in Ebingen und Tailfingen verdoppeln können.

Streiks und Lohnforderungen der Munast-Arbeiter waren im Frühjahr 1918 das erste offenkundige Anzeichen für die wachsende Unzufriedenheit der Arbeitnehmer.



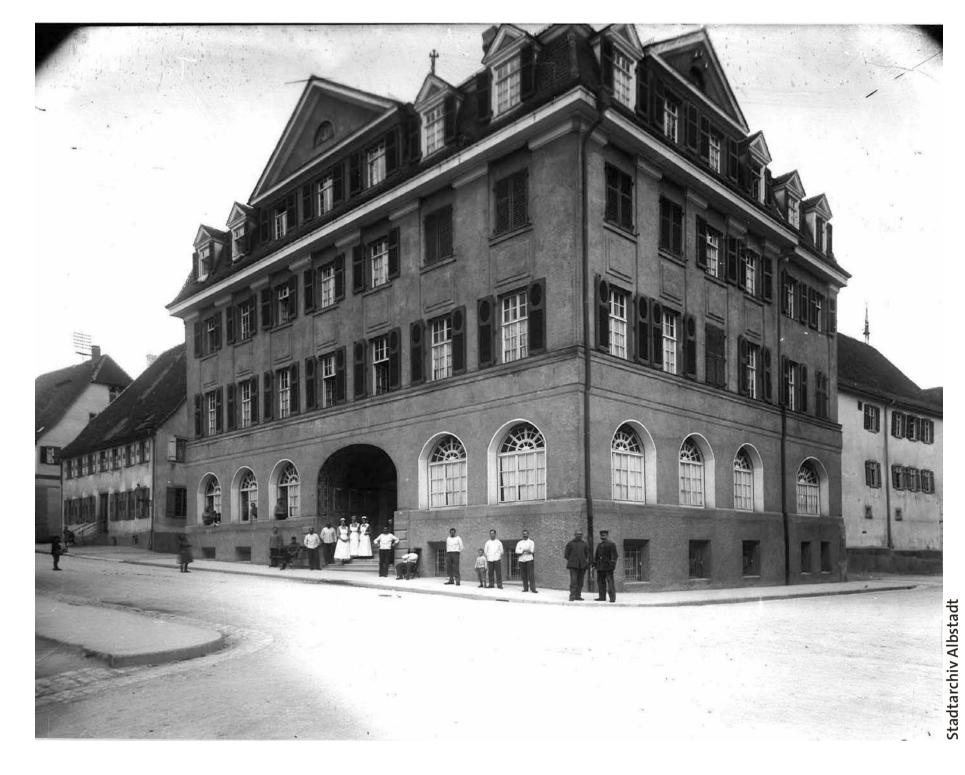


Zwei Häuser des »Consum Verein« in Ebingen, um 1910. Der erste Konsumverein in Deutschland wurde 1864 gegündet. Der große Unterschied zwischen Arm und Reich hatte diese Arbeiterselbsthilfe-Organisation hervorgerufen. Ziele waren günstige Einkaufsmöglichkeiten, Ersparnisbildung und Gewinnausschüttung an die Mitglieder. 1897 wurde in Ebingen der erste »Consum Verein« gegründet, später folgte ein selbstständiger in Tailfingen. Zahlreiche aktive und führende SPD-Genossen aus Ebingen und Tailfingen standen bei den Konsumvereinen an vorderster Stelle.

So kam es auch in Ebingen im November 1918 zum Ausbruch der Revolution. Führende Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gründeten in Ebingen einen Arbeiterund Soldatenrat. An der Spitze standen der Vorsitzende des Verbandes der Ebinger Fabrikarbeiter und spätere sozialdemokratische Gemeinderat Wilhelm Sauter und der Feldwebel Galster.

Dieser Arbeiter- und Soldatenrat regierte vom Rathaus aus und übernahm die Zuständigkeit für das Militär, die Polizei, die öffentliche Ordnung und die Lebensmittelversorgung. Daneben bemühten sich die Räte um die Umsetzung der wichtigsten Beschlüsse des »Rates der Volksbeauftragten«, der provisorischen Regierung in Berlin.

Dem Beispiel Ebingens folgend und unter tätiger Mithilfe der sozialdemokratischen Ebinger Stadträte Karl Feßler und Adolf Gomringer wurde einige Tage später in Truchtelfingen, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten, ein Arbeiter- und Bauernrat gebildet. Dieser handelte entschiedener als in Ebingen, setzte sich an



Evangelisches Vereinsheim in Ebingen, heute Städtische Galerie, in der Funktion als Lazarett während dem 1. Weltkrieg, um 1915.

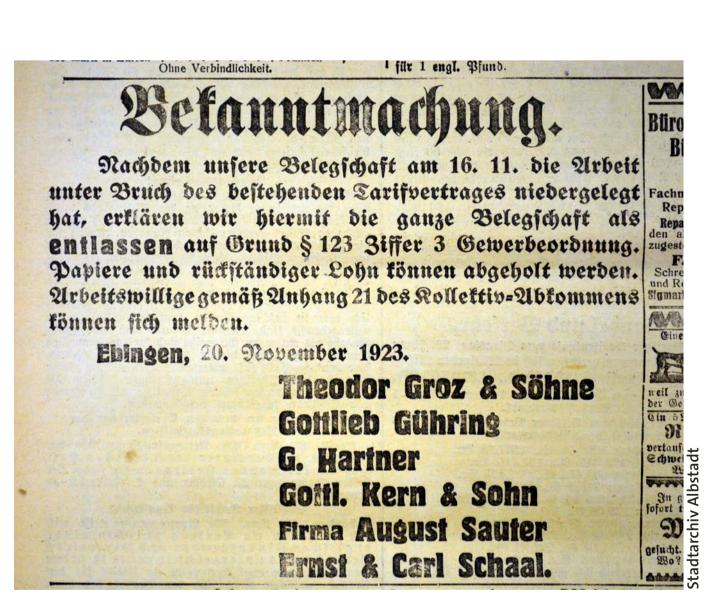
die Spitze der Ortsverwaltung und schickte den Bürgermeister, der jede Bevormundung ablehnte, in »einen längeren Erholungsurlaub«.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass in Tailfingen Schultheiß Hufnagel auf einer Versammlung des »sozialdemokratischen Vereins« erscheint, dort Rechenschaft ablegt und zum gemeinsamen Handeln zur Überwindung der Not aufruft. Kennzeichnend für diese erste halbwegs gelungene Revolution in Deutschland war, dass die von den Sozialdemokraten durch die Revolution errungene Macht keineswegs voll beansprucht wurde. Die noch aus der Kaiserzeit stammenden Bürgermeister, Beamte und Gemeinderate blieben alle im Amt. Die Tatsache, dass auch die alten Symbole des Kaiserreichs, Fahnen, Wappen, Büsten usw. noch an ihren Plätzen in den städtischen Gebäuden verblieben, war nur der äußere Ausdruck dafür, dass mit der Einführung der Demokratie, der reaktionäre monarchische Geist noch lange nicht verschwunden war.

Selbst 1922 wurde ein Antrag der SPD »auf Beseitigung der monarchischen Statuen und Bilder aus den städtischen Gebäuden« abgelehnt. Mit 11 Für- und 5 Gegenstimmen angenommen wurde schließlich der Antrag Adolf Gomringers (SPD), »dass wenigstens die Bilder Kaiser Wilhelms II verschwinden«.

Hunger, Not, Inflation

Die Not der Jahre 1920–23 stärkte die Selbsthilfeorganisationen der deutschen Arbeiter. Da im normalen Einzelhandel oft Engpässe auftraten, organisierten die Ebinger Gewerkschaften eigene Warenverkäufe. Wie groß die Armut der Bevölkerung war und man auf die Erwerbstätigkeit der Frauen, aber auch der Kinder angewiesen war, zeigt im Jahre 1923 der Elterneinspruch gegen einen Gemeinderatsbeschluss in Ebingen, das 8. Schuljahr einzuführen. Der Gemeinderat konnte sich diesem Ansinnen nicht verschließen und verschob die Verlängerung der Schulzeit um 2 Jahre.



Neue Alb-Bote vom 21. November 1923. Zahlreiche Arbeitgeber hielten die neuen gesetzlichen und tarifrechtlichen Bestimmungen nicht ein. Das führte zu sich häufenden Klagen und Protesten der Arbeiter. So protestierten zum Beispiel in Onstmettingen die Arbeiter einer Baufirma mit einer Anzeige dagegen, dass diese Firma, obwohl sie dem Urteil des angerufenen Schlichtungsausschuss zugestimmt hatte, sich weigerte, die vereinbarten Bedingungen zu erfüllen. Da keiner der Arbeiter bereit war, auf sein ihm zustehendes Recht zu verzichten, wurde allen gekündigt.

Sozialdemokraten und Wahlkampf

Die Vielzahl von Wahlen in der Weimarer Republik (25 in 14 Jahren) bildeten einen Schwerpunkt der Parteiarbeit. Nach der Einführung des Frauenwahlrechts im Jahre 1919 erhielten die Wahlkämpfe einen etwas anderen Charakter. Vereinzelt wurden Wahlveranstaltun-

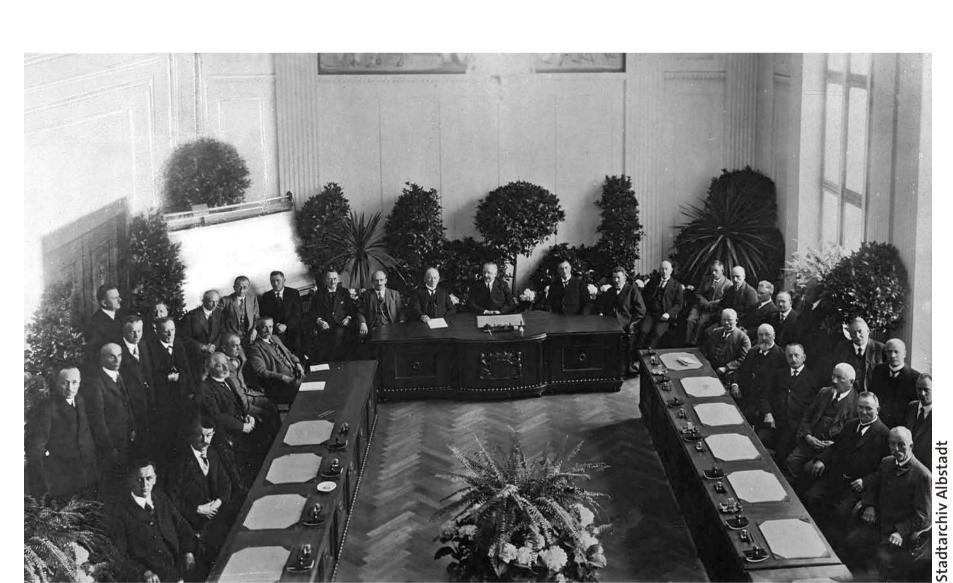


Neue Alb-Bote vom 27. Juni 1922. Aufruf zur Massendemonstration aller Arbeiter. Die Forderung nach Einführung der 48-Stunden-Woche wurde von der Arbeitgeberseite kategorisch abgelehnt. Dies führte zum heftigsten Arbeitskampf in Deutschland. Den 13-wöchigen Streik, dem sich auch 1800 Ebinger Metallarbeiter angeschlossen hatten, beantworteten die Arbeitgeber mit Aussperrung. Der Erfolg des Streiks, die Einführung der 48-Stunden-Woche und 10 Urlaubstage nach 8-jähriger Beschäftigung, kam – zwar mit Verzögerung – schließlich allen Arbeitern und Angestellten zugute.

gen nur für Frauen durchgeführt. Das Leben der SPD erschöpfte sich aber nicht nur in rein politischer Arbeit: Bildungsvorträge, Familien- und Sommerfeste mit Umzügen, Ausflüge und natürlich die Feiern zum 1. Mai, inzwischen mit Tanz und Musik, bildeten einen festen Bestandteil.

Kommunalpolitik

Bei den ersten allgemeinen und gleichen Kommunalwahlen im Mai 1919, wurde die SPD in Ebingen (mit 8 von 20 Sitzen) und in Tailfingen (mit 7 von 16) nach der DDP zweitstärkste Partei. Die führenden Sozialdemokraten dieser Jahre, Adolf Gomringer und Johannes Zahner in Ebingen und Jakob Sämann in Tailfingen erzielten dabei herausragende Ergebnisse. Zum ersten Mal wird 1919 auch Hans Schaudt in den Ebinger Gemeinderat gewählt, wohl der bedeutendste Sozialdemokrat in der rund 125-jährigen Geschichte der Partei im Raum Albstadt. Bei der Arbeit im Gemeinderat konnte in Fragen



Erste Gemeinderatssitzung am 10. Mai 1927 im Ebinger Rathaus unter dem »neuen«, parteilosen Oberbürgermeister Spanagel. Tatsächlich war es nur eine Amtsumbennenung, denn er stand schon seit 1909 ununterbrochen an der Spitze der Verwaltung als Bürgermeister. Er war bei seiner ersten Wahl und auch später von den Sozialdemokraten unterstützt worden, wohl auch ein Grund dafür, dass er 1934 von den Nazis aus dem Amt entfernt wurde.

der lokalen Infrastruktur meist Einigkeit erzielt werden. Dies galt für den Ausbau der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, für die Erschließung neuer Wohngebiete, den Bau von Kanalisation und Kläranlagen und Schwimmbädern, die Einrichtung und den Ausbau weiterführender Schulen. Besondere Bedeutung kommt in den Jahren nach 1923 dem Bau von Sozialwohnungen zu. Die Forderungen der SPD nach einer stärkeren Förderung des Wohnungsbaus, für Verbesserungen in der Wohlfahrtspflege, für mehr Steuergerechtigkeit und die Gewährung der Lernmittelfreiheit wurden abgelehnt. Die Gemeinderate hatten selbstverständlich auch die Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren. Nachdem in Tailfingen Bürgermeister Höfel seinen Vorgänger Hufnagel abgelöst hatte, gab es dort mehrfach Anlass, sein dienstliches aber auch außerdienstliches Verhalten zu rügen. Unter der Führung von Gottlob Wurz (SPD) wurde eigens deswegen eine Bürgerversammlung einberufen. Zahlreiche Bürger berichteten dabei über die Sauftouren des Bürgermeisters. Der Alkohol spielte in der damaligen Zeit wohl eine besondere Rolle. Die Regierung Brüning griff durch eine Notverordnung in die Lohn- und Preisgestaltung ein. Als Folge davon kam es zu einem von den Gewerkschaften organisierten Bierstreik, der den Tailfinger Gemeinderat 1932 beschäftigte.



1928-1933 NIEDERGANG DER WEIMARER REPUBLIK UND »MACHTERGREIFUNG« DER NATIONALSOZIALISTEN



»Eisenbahnwagenkolonie« in Ebingen, ca. 1930er Jahre. Diese Notunterkünfte waren in den frühen 1920er-Jahren entstanden und verschwanden erst kurz vor dem 2. Weltkrieg. Sie waren ein Zeichen für die große Armut in der Umgebung.



Wahlplakat der SPD: »Der Arbeiter im Reich des Hakenkreuzes«, 1932.

1928 war das letzte Jahr der »Goldenen Zwanziger«, der nach 1924 einsetzende Aufschwung. Der New Yorker Börsensturz war nur der äußere Anlass für die Weltwirtschaftskrise. Die Folgen dieser waren eine Vielzahl von Konkursen und ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit. In Deutschland waren auf dem Höhepunkt der Krise über 6 Millionen Menschen ohne Arbeit.

Die damit verbundenen sozialen Folgen hatten die Gemeinden als Träger der öffentlichen Fürsorge in vielfacher Weise zu tragen. Notstandsarbeiten, unentgeltliche Verteilung von genossenschaftlicher, landwirtschaftlicher Nutzfläche (abseits der in Fluren aufgeteilten Fläche), Reduzierung der Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen und das Angebot von Wärmestuben sind 1932 Tagesordnungspunkte des Tailfinger Gemeinderates, ebenso wie die Behandlung einer Vielzahl von Anträgen auf soziale Unterstützung.

Existenzängste hatten nicht nur Arbeiter, sondern auch die Angehörigen des Mittelstandes. Das führt nach 1930 zu einem veränderten Wahlverhalten. So ist Ebingen, zum Beispiel, wenn auch mit gewissen Abweichungen, ein Spiegelbild der Entwicklung im Reich. Die Weimarer Koalition (einschließlich DVP) verliert hier bei den

Reichstagswahlen von 1928 (76,3%) bis Juni 1932 (47,6%) weit mehr als ein Drittel ihrer Wähler. Gewinner sind auf der einen Seite die KPD, die im gleichen Zeitraum ihren Stimmenanteil von 8,7% auf 22% steigern kann und der Rechtsblock aus DNVP und NSDAP, der sich von 14% im Jahre 1928 auf 30,2% im Jahre 1932 steigert. Bemerkenswert immerhin, dass die beiden Linkspartien SPD und KPD im gleichen Zeitraum zusammen nur 1,3% verlieren, von 42,5% auf 41,2% und das Zentrum stabil bleibt, wahrend DDP und DVP die Hälfte ihres Stimmanteils verlieren (von 29,8% auf 15,1%).

Die Radikalisierung des politischen Lebens zeigt sich aber nicht nur in den Wahlergebnissen, sondern auch in zahlreichen, gewalttätigen Auseinandersetzungen bei Versammlungen und auf der Straße. In Ebingen kommt es dabei häufiger zu Zusammenstößen der uniformierten SA mit den Kommunisten und gelegentlich auch mit dem Reichsbanner, dem Verteidigungsbündnis der demokratischen Kräfte.

Der Ebinger Gemeinderat untersagt 1932 in zwei Beschlüssen Parteiveranstaltungen in der Festhalle, bei denen uniformierte Parteimitglieder teilnehmen und auswärtiger Saalschutz zugezogen wird; eindeutig ein

Beschluss gegen Nazi-Veranstaltungen mit SA-Saalschutz. Brüning will mit einem Verbot der SA dem offenen Kampf der Rechten gegen die Republik Einhalt gebieten. Doch die konservativen Steigbügelhalter des Faschismus setzen es bei Hindenburg durch, dass dieses Verbot wieder aufgehoben wird. Auch der ehemalige Hohenzollerische Kronprinz setzte sich für die SA ein, indem er gegen die Zerschlagung dieses »wunderbaren Menschenmaterials« protestierte.

Im Ebinger Gemeinderat war im Jahre 1931 dem führenden Nationalsozialisten, dem Hauptlehrer Müller, mehrfach vorgeworfen worden, sein Amt als Lehrer politisch zu missbrauchen. Im Laufe der Auseinandersetzungen stellt dann der Gemeinderat im April 1931 einen Strafantrag gegen Müller, weil er den Gemeinderat als »Lumpengesellschaft« bezeichnet hatte.

Als bei den Kommunalwahlen im Dezember 1931 Müller als einziger Nazi in den Gemeinderat gewählt wird, findet die Fraktion der »Bürgerlichen Rechten« nichts dabei, dass sich Müller ihrer Fraktion anschließt. Doch vor der Machtergreifung hatte in keinem Gemeinderat eines Albstädter Teilortes der Rechtsblock die Mehrheit.

1933: Die Gleichschaltung des Gemeinderats, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften sowie das Verbot von KPD und SPD



Wahllokal in Ebingen während dem Dritten Reich, 1930er Jahre. Am 5. Mai 1933 kommt es zur ersten Sitzung des auf der Grundlage der Reichsergebnisse neugebildeten (= gleichgeschalteten) Gemeinderats. Die Sitzverteilung: NSDAP: 8, Kappfront Schwarz-Weiß-Rot: 1, Christlich-sozialer Volksdienst: 1, Zentrum: 2, Demokraten: 2, Sozialdemokraten: 4. Die Kommunisten dürfen keine Vertreter mehr entsenden. Die ersten drei Parteien verteilen die Ausschusssitze unter sich. Sie haben die absolute Mehrheit im Gemeinderat.



Die erste Gemeinderatssitzung nach der Gleichschaltung, 5. Mai 1933. Klar Erkennbar: Die Veränderungen im Ratssaal im Vergleich zum Bild von 1927. Dies ist die letzte Sitzung, an der Sozialdemokraten vor der Zwangsentfernung aus Volksvertretungen im gesamten Reich teilnehmen.

Lageralltag berichtete.



Das Büro des Deutschen Textilarbeiterverbands, die Gewerkschaft der Arbeiter in der Textilbranche, in Ebingen kurz nach der Gleichschaltung am 1. Mai 1933. Der SS-Mann hält vor dem Büro Wache.

In der ersten Sitzung des Gemeinderats wird die einzig noch verbliebene oppositionelle Zeitung, der liberale »Neue Alb-Bote«, angeblich aus »Sparsamkeitsgründen« von der Liste der Zeitungen gestrichen, die offiziell die amtlichen städtischen Nachrichten veröffentlichen dürfen. Nur die linientreuen Blätter »Der Wille« (NS-Sprachrohr) und »Alb-Bote« sind jetzt Amtsblätter. Außerdem wird von der NSDAP-Fraktion beantragt, die Gartenstraße in Hindenburgstraße, und Sonnenstraße in Adolf-Hitler Straße umzubenennen. Wozu es erstaunlicherweise nicht kommt, ist Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Die Balinger hatten dies bereits im März, die Tailfinger am 1. Mai (nach der Gleichschaltung des Gemeinderats) getan. Zur nächsten Sitzung des Gemeinderats am 19. Mai 1933 treten die SPD-Stadträte Zahner, Stoll, Hoch und Fuß nicht mehr an. In einem Brief an den Vorsitzenden teilen sie mit, dass sie ihre Mandate niederlegen. Offensichtlich sahen sie nach dem Ausschluss aus allen Ausschüs-

sen keine Möglichkeit mehr für eine sinnvolle Mitarbeit. Sie berufen sich auch auf die bereits erfolgte Selbstauflösung des SPD-Landesvorstandes (viele seiner Mitglieder waren verhaftet oder wurden polizeilich gesucht). Mit diesem Schritt kommen sie dem einen Monat später erfolgten Ausschluss aller sozialdemokratischen Mandatsträger aus den Volksvertretungen zuvor. Wenig später wird auch bei den städtischen Bediensteten "gesäubert" und alle entfernt oder versetzt, die eine "falsche Gesinnung" haben. Die führenden Sozialdemokraten und Kommunisten vor Ort kamen zunächst in Schutzhaft, z.B. in das neu entstandene Konzentrationslager Heuberg. Wenig später wurden sie entweder entlassen oder kamen in andere Lager, z.B. auf den Ulmer "Kuhberg". In der Bevölkerung waren diese Tatsachen bekannt, da die Presse regelmäßig über den

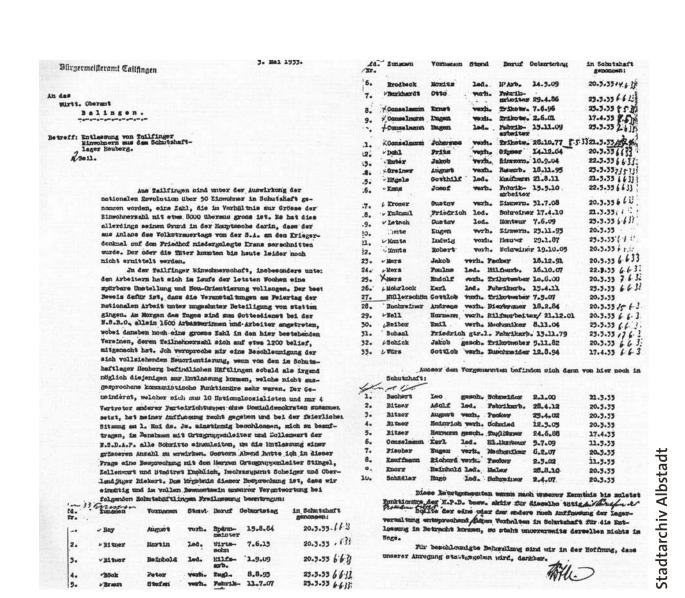
NS-Sprachrohr in der Region, »Der Wille« vom 3. Mai 1933, kurz nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften.



»Der Wille« vom 23. Mai 1933, nach dem Verbot der SPD

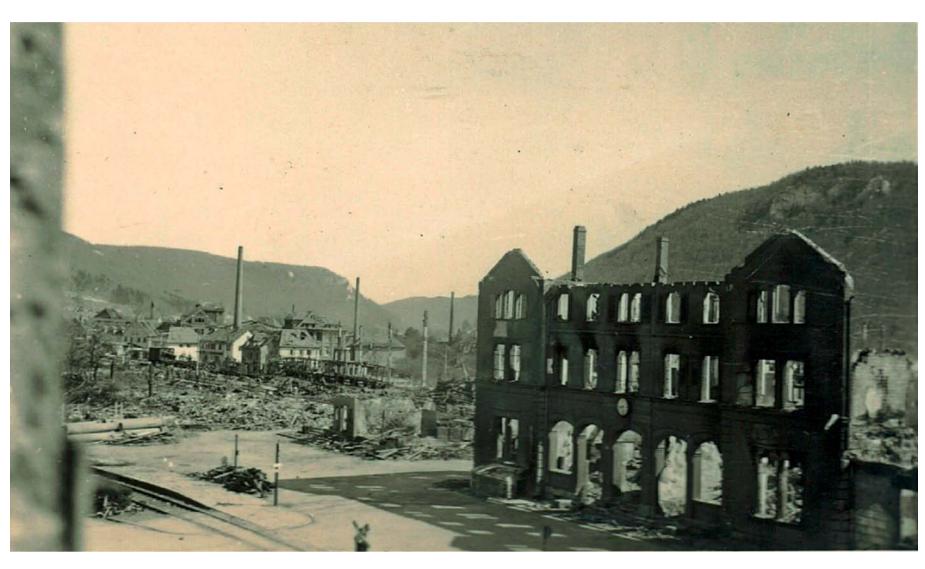


Brief vom Bürgermeisteramt in Tailfingen vom 3. Mai 1933, in dem über 50 Tailfinger Einwohner im KZ-Heuberg berichtet wird. Darunter befinden sich viele Sozialdemokraten.





1945-1975 POLITISCHER NEUBEGINN BUNDESREPUBLIK





Kriegsschäden und Explosion eines Munitionszuges am Ebinger Bahnhof nach einem Luftangriff, Februar 1945

Die Situation nach dem Krieg

Für die Gemeinden des späteren Albstadts war die prägende Besatzungsmacht Frankreich, die zunächst die Kontrolle über das öffentliche Leben hatte und die ersten Bürgermeister einsetzte. Doch schon im September 1946 fanden die ersten freien Bürgermeisterwahlen statt, bei denen zunächst die linken Parteien, SPD und KPD, in Onstmettingen und Ebingen das Bürgermeisteramt gewinnen konnten.

1945–1956 • Der Wiederaufbau

Kommunale Aufgaben gab es genug: Trümmerbeseitigung, Wiederaufbau, Arbeitsbeschaffung, die schlechte Lebensmittelversorgung und die Beschaffung von Brennmaterial spielten eine entscheidende Rolle. Hinzu kamen die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, welche die schlechte Versorgung noch verschärften. 1949 wird von mehr als 3000 Flüchtlingen, nur in Ebingen, berichtet. In diesem

Zusammenhang stand die Wohnungsnot, wobei beklagt wurde, dass »bessere Leute« bevorzugt wurden. Die Stadt Ebingen versuchte diesem Problem entgegen zu wirken, in dem sie neue Wohnungen baute.

Die Parteiarbeit

Mit der ersten freien Wahl nahm die SPD die 1933 unterbrochene Arbeit wieder auf. Im Bereich Albstadts spielte vor allem Hans Schaudt eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau. Am 31.03.1946 fand die erste Bezirksversammlung der Partei unter Leitung Schaudts nach dem Kriege statt, auf der unter anderem Adolf Gomringer schon damals beklagte, dass beinahe alle »nazistisch denkenden Bürgermeister im Kreise« im Amt belassen worden seien. Hans Schaudt wird am 02.06. zum Kreisvorsitzenden und 14 Tage später zum Ortsvereinsvorsitzenden Ebingens gewählt. Die Ergebnisse der ersten Wahlen zum Gemeinderat im Jahre 1946 waren für die SPD enttäuschend, da sie nur knapp besser als bei der

Protokoll der Gründungsversammlung der SPD Ebingen nach dem 2. Weltkrieg, 16. Juni 1946.

his fiftinger his lays, in Not with him they fall and they super surface of the special state and they super surface and special state and they super surface and the surface and surface

letzten freien Wahl vor 1933 lagen. Vor allem auch, da viele Sozialdemokraten die Nazi-Diktatur abgelehnt hatten und ihrer Meinung trotz Repressionen treu geblieben waren, entgegen einer Mehrzahl der »bürgerlichen«. Jedoch konnte der spätere Innenminister des Landes, Viktor Renner, das Direktmandat des Kreises gewinnen und auch Friedrich Roemer gelang es, Landrat in Balingen zu werden. Die Parteiarbeit setzte sich aus Veranstaltungen und Sitzungen mit unterschiedlichen Themen zusammen. Diese fanden an verschiedenen Orten wie in Wirtshäusern, Schulen sowie Räumen der Stadt statt. Der Vorwurf der älteren Generation der uninteressierten Jugend ist nur teilweise berechtigt, da bereits 1946 in Tailfingen die sozialistischen »Falken« gegründet wurden und ebenfalls zahlreiche Veranstaltungen wie Zeltlager und Ausfahrten organisiert wurden.

1956–1968 Von der »Arbeiterpartei» zur »Volkspartei«

Mit den Neuwahlen von 1956 kündigte sich in der SPD vor Ort ein Generationenwechsel und damit das Ende einer Ära an, denn die »Alt-Sozialdemokraten« die schon in der Weimarer Zeit aktiv waren und nach dem Krieg die Partei wieder aufgebaut hatten, traten ab und neue, jüngere Genossen folgten ihnen. Auf lokaler Ebene intensivierte sich die Parteiarbeit. Das Programm wurde vielseitiger, auswärtige Gastredner angefordert, der Kontakt zu anderen Gruppen und Vereinen verstärkt und auch auf das gesamte Land ausgedehnt. Diese Entwicklung und die Öffnung der Listen für die Gemeinderatswahlen für Nichtmitglieder führten zu deutlichen zugewinnen bei den Wahlen. 1956 überholte die SPD erstmals die CDU. Von 1959-1968 war die SPD die stärkste Fraktion im Ebinger Gemeinderat. Noch deutlicher war die Entwicklung in Tailfingen, wo die Sozialdemokraten in nur drei Jahren ihr Ergebnis verdoppeln konnten.

Politischer Konsens und die städtische Entwicklung

Die meisten Entscheidungen dieser Jahre wurden ohne größere Auseinandersetzung gefällt. Dies wurde vor al-



Nach einer Parteiveranstaltung, 1962. Von links: Viktor Renner, MdL; Karl Kreutz (1. Vors.); Erwin Schöttle, MdL; Hans Schaudt (Ehrenvorsitzender); H. Schurrer (Konsum); Karl Kaiser; Albert Neumayer.

lem dadurch begünstigt, dass die kommunalen Ziele ähnlich waren, und da dank des »Wirtschaftswunders« ein erheblicher Spielraum bei der Umsetzung auch größerer Projekte bestand. Aber auch die Bürgermeister dieser Zeit, Hans Hoss in Ebingen sowie Horst Kiesecker in Tailfingen, suchten, trotz ihrer jeweiligen Parteiangehörigkeit, den allgemeinen Konsens. In dieser Zeit machten auch die Gemeinden eine größere Entwicklung durch. Häuser, Schulen und Straßen wurden ge-



Einen Höhepunkt der politischen Arbeit vor Ort bildete der am 11.08.1965 stattfindende Besuch von Willy Brandt. Von links: Erich Emmrich, MdL; Karl Kreutz (1. Vors.); Willy Brandt.

baut. Man wollte städtischer wirken, was dazu führte, dass viele alte und erhaltenswerte Fabrikgebäude dem Neuen weichen mussten. Ein weiteres Thema dieser Zeit war ein verbessertes Betreuungsangebot für berufstätige Mütter, sowie die Einrichtung von Kindertagestätten. So forderte die Tailfinger SPD bereits im Gemeinderatswahlkampf von 1956 die Einrichtung einer Kindertagesstätte. Schon Mitte der 50er Jahre wurden Gruppen von Jungsozialisten in Tailfingen und Ebingen aktiv.

1968-1975 Auf dem Weg zur neuen Stadt

Die Gemeindereform

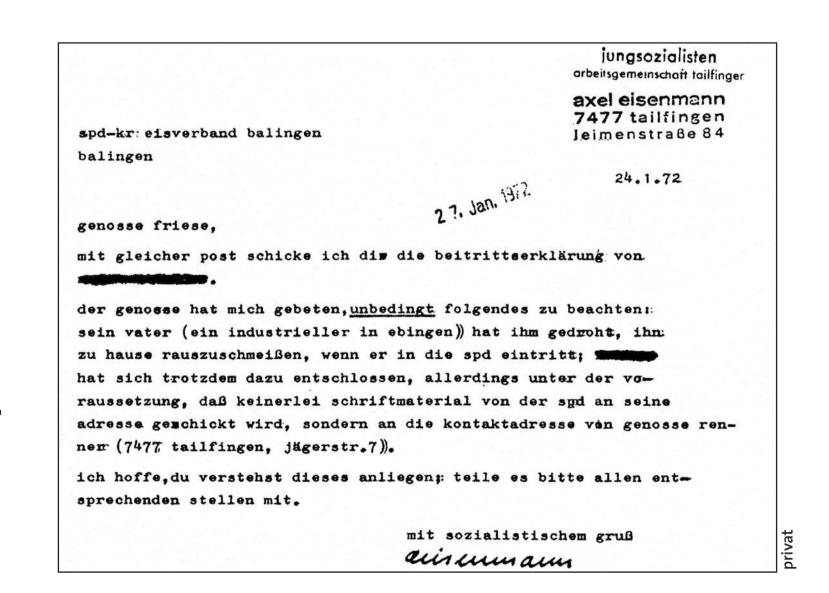
Hier, wie im ganzen Land, waren die Gemeinden enger zusammengewachsen. Kleinere Gemeinden jedoch wurden vor Aufgaben gestellt, die sie nicht mehr selbst lösen konnten, wie zum Beispiel die Wasserversorgung. Einzelne Teilbereiche hatte der Kreis übernommen, wie das Krankenhauswesen, jedoch wurde dadurch den einzelnen Gemeinden die direkte Einflussnahme genommen. So entstand auf Landesebene mit der Zeit die Idee, die vielen kleinen Gemeinden in leistungsfähigere Einheiten zusammenzufassen. Vor Ort gab es seit längerem Ansätze für Arbeitsgemeinschaften. Auch gab es schon unabhängige Zusammenschlüsse zwischen kleineren Teilgemeinden. Bevor jedoch eine neue Stadt entstehen konnte, gab es noch politische Komplikationen, da Pfeffingen und Onstmettingen ihre Eigenständigkeit bewahren wollten. Der Landtag jedoch traf die endgültige Entscheidung. Am 01.01.1975 begann die Stadt Albstadt zu existieren. Eine gemeinsame Stadt bedeutete auch eine gemeinsame Kommunalpolitik.



Zollern-Alb-Kurier vom 3. Juli 1974. Die SPD hatte sich schon am 28.06.1974 zu einem gemeinsamen Ortsverein zusammengeschlossen. Die Gründungsversammlung verlief reibungslos. 1. Vorsitzender wurde Norbert Fritsch aus Ebingen. Stellvertreter wurden Dieter Fischer und Erich Meier.

Gesellschaftlicher Wandel

Durch die Debatte um die Notstandsgesetze wurde eine neue politische Bewegung ausgelöst, die APO. Vor allem jüngere und politisch Interessierte gehörten ihr an. Sie sahen sich in den etablierten Parteien und Volksvertretern nicht mehr repräsentiert. Auch in Ansätzen war in Albstadt diese APO-Bewegung zu spüren, hier aber vor allem durch den verstärkten politischen Aktivismus Jüngerer und dem Aufkommen neuer Themen.



Interne Anfrage von den Jusos an den Kreisvorsitzenden der SPD mit der Bitte um Diskretion bezüglich einer Mitgliedschaft.

Dies führte zu einem Wiedererstarken der Jungsozialisten, die sich in Tailfingen ab 1970 wieder aktiv an der politischen Diskussion beteiligten und auch Vorstellungen zu kommunalen Themen entwickelten und einbrachten. Insgesamt profitierte auch die SPD vor Ort von dieser Bewegung, da neue Mitglieder der Partei beitraten. Durch die neuen Mitglieder konnte die SPD ihre Themenschwerpunkte aktualisieren und der neuen Zeit anpassen.



ab 1975 DIE SPD IN DER NEUEN STADT



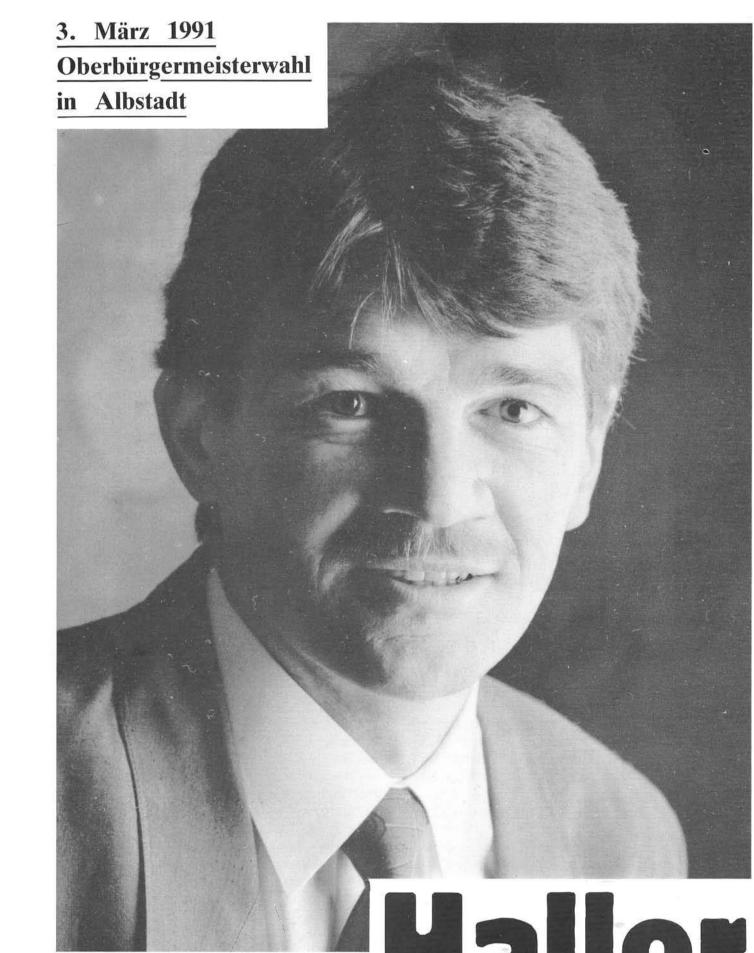
Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Zollern-Alb-Halle in Albstadt-Tailfingen, 1976. Zu sehen mit Horst Kiesecker und umgeben von drei Albstädter Bürgermeistern: Norbert Czernoch, Hans Pfarr (CDU) und Günther Schmid (SPD).

Schon im Vorfeld des Zusammenschlusses von 9 vorher selbstständigen Gemeinden zur neuen Stadt Albstadt, bildeten die drei SPD-Ortsvereine von Ebingen, Tailfingen und Onstmettingen im Juni 1974 den neuen SPD-Ortsverein Albstadt. Am Anfang standen Enttäuschungen: Horst Kiesecker, bisheriger Bürgermeister von Tailfingen und SPD-Landtagsabgeordneter, konnte sich trotz massiver Unterstützung durch »seine« Tailfinger bei der Wahl des 1. Oberbürgermeisters von Albstadt nicht gegen den CDU-Kandidaten Hans Pfarr durchsetzen. Auch in den ersten Gemeinderatswahlen, bei denen jetzt auch die traditionell »schwarz« wählenden kleineren Stadtteile dabei waren, konnte die SPD nicht an ihre Stärke in den vormals unabhängigen Städten Ebingen und Tailfingen anknüpfen.

Generationswechsel

Mit der neuen Stadt und dem neuen Ortsverein begann für die SPD auch ein sich über mehrere Jahre hinziehender Generationswechsel. Neuer Vorsitzender wurde der 26-jährige Norbert Fritsch, ihm folgten Martin Frohme, Manfred Fischer, Rainer Günther, wieder Martin Frohme und ab 2001 bis zu seinem Tode im Jahre 2012 Markus Dapp. Erich Meier, der verdiente langjährige Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzende im Ebinger und dann im Albstädter Gemeinderat gab 1977 dem Fraktionsvorsitz ab an Rainer Günther, der das Amt 32 Jahre lang bis zu seinem Ausscheiden aus dem Gemeinderat im Jahre 2009 bekleidete. Ihm folgte von 2009 bis 2012 Markus Dapp. Nach dessen Tod übernahm Martin Frohme den Vorsitz in der Fraktion. Dem Bemühen mit dem Generationenwechsel mehr Frauen in den Gemeinderat zu bringen, war nur ein mäßiger Erfolg beschieden. Zwar

Kandidatenflyer zur OB-Wahl, 1991. Hans-Martin Haller gewann die Wahl mit einem deutlichen Vorsprung.



Hans-Martin Haller

The OB-Kandidat

trat die SPD immer mit relativ vielen Frauen auf der Liste an: 1989 waren es 17 von 40, und von den 10 Sitzen der SPD entfielen zwei auf Frauen. Das waren mehr als in allen anderen Fraktionen, aber dennoch deutlich zu wenig. Das Bild ist bis heute nicht besser geworden. Mit dem Generationswechsel wurden auch neue Themenschwerpunkte in die Arbeit der örtlichen SPD aufgenommen. Natürlich sah sich die SPD vor Ort auch voller Stolz in der großen Tradition der alten Arbeiterpartei bei der Solidarität groß geschrieben ist und die sich für all diejenigen einsetzt, die in unserer Gesellschaft anderen gegenüber benachteiligt werden; auf der anderen Seite versucht die Partei eine ökologisch orientierte Politik durchzusetzen, die bei der Stadt- und Verkehrsplanung, beim Straßen- und Wohnungsbau, bei der Energiepolitik und in vielen anderen Bereichen. Damit sind in der kommunalpolitischen Diskussion Konflikte vorgezeichnet.

In eine "bleifreie" Stadt-Zukunft mit Umweltpapier und Kletterpflanzen SPD-Fraktion erwartet auf ihre "Fleißarbeit" eine zügige und offene Antwort schlage erfordert einen Gesamtrahmen", die SPD-Fraktion etwellter und ein auf untwert in die sich die Fraktionsnitiglieder voll Zeit genomen haben, und ein der Standt-Gemeinderates will mit dem an 28. Juni dem emeinderat wir unter rünen" untweltpapier und Kletterpflanzen SPD-Fraktion erwartet auf ihre "Fleißarbeit" eine zügige und offene Antwort schlage schlage erfordert einen Gesamtrahmen", die SPD-Fraktion des Albeiten Infaltidiv-Antrag unter dem Titel "Linweltprogramm für Albeiten Infaltidiv Antrag unter dem Titel "Linweltprogramm für Albei





nn	Wie kommt Bev	vegung in Albstad	ts Radwegebau?
n i-		ingen im Gemeinderat / Tiefbau-Pro	11 at the action is a constant to the second of the second
niene, rinennm rineim stringem	sb. Albstadt. Nach Ansicht von Oberbürgermeister Hans Pfarr müsse es im Tiefbauprogramm für das Jahr 1984 möglich sein – zumindest soll das Bestmöglichste versucht werden bei den Baumaßnahmen mit den Schwerpunkten der Versorgungserschließung neuer Wohngebiete und der Entsorgung sowie der Kanalerneuerung und des Straßenausbaus dem vorgefaßten Marschplan folgen zu können. Wie das Stadtoberhaupt vor dem Gemeinderat ausführte, soll durch vorgezogene Ausschreibungen auch von der Stadt her versucht werden, auf dem Arbeitsmarkt für belebende Elemente zu sorgen. Diese Maßgabe stieß auf einhellige Billigung des Gremiums, wobei von allen Sprechern vor allem darauf verwiesen wurde, durch ein energisches Anpacken der vorgefaßten Baumaßnahmen dem zu früheren Zeiten permanenten Vorsichherschieben und den ständigen Überhängen im Jahrestiefbauprogramm nicht nur entgegenzuwirken, sondern auch dem Baugewerbe die Möglichkeit einzuräumen, durch rechtzeitig zu erfassende Auftragsbestände stimulierend auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt einwirken zu können. Insgesamt umfaßt das Volumen der vorgefaßten Baumaßnahmen eine Summe von rund 7,5 Millionen Mark. Der höchste Betrag entfällt	dabei mit rund 4,7 Millionen Mark auf den Straßenbau etwas mehr als 2,7 Millionen Mark auf den Kanalbau und der Rest auf die Verbesserung der Beleuchtungsanlagen. CDU-Stadtrat Lang begrüßte es, daß das Tiefbauprogramm des kommenden Jahres den Haushaltsplanberatungen vorweggenommen worden sei, um die Einleitung der Baumaßnahmen zum frühest möglichen Termin vornehmen zu können. Die Tatsache, daß der Etat, der vor Jahren von acht Millionen auf vier Millionen Mark zurückgegangen sei, nun wieder auf 7,5 Millionen Mark angestiegen ist, zeige das Bemühen der Stadt, im Erschließungsbereich nun endlich auf das Laufende zu kommen. Zwar zustimmend, aber »mit einem unbehaglichen Gefühl « äußerte sich FDA-Stadtrat Alfred Ruff. Ihm wäre es lieber gewesen, das Straßen- und Tiefbauprogramm in den Gesamthaushalt des Jahres 1984 eingebettet zu finden, bevor darüber entschieden wird. Eine bemerkenswerte Alternative erhob der Sprecher der SPD, Rainer Günther, zum Antrag, als er das Gremium darum ersuchte, in einem Grundsatzbeschluß jeweils fünf Prozent des Gesamtvolumens für den Bau von Radfahrwegen auszuweisen. Sein Antrag verfiel der Ablehnung. (pas) So positive Aspekte der Antrag von Rainer Günther, durch die programmierte Bereitstellung von Mitteln für den Radwegbau auch in diesem Bereich etwas wirksamer zu	der CDU-Fraktion kamen. Die Argumente CDU-Sprechers Wicker bewiesen es. Wic meinte, daß der Radwegebau gewiß besond Beachtung verdiene, doch sei es natürivöllig unsinnig, mit fixierten Jahresbeträ, den Radwegebau quasi zu erzwingen. Da dieser Ansicht Rainer Günthers Argument tion, den – übrigens dringend notwendige. Radwegebau einem fixierten finanziellen Kzept zu unterwerfen, um es überhaupt vor zubringen, indirekt sanktioniert und bestä wurde, die Ablehnung des SPD-Antrags jede genau das Gegenteil dessen bewirkte, was Fner Günther wollte, spricht für einen gewiss politischen Stil, den parlamentarischen Ktrahenten abzuschmettern, wo immer und vimmer es geht. Hubert Wicker hat seiner Fraktion ein schlechten Dienst erwiesen, als er den part politischen Gegner Rainer Günther kraft cübermächtigen CDU-Fraktion wieder einn »in den Trasimenischen See schlug«. Es wifür die CDU-Fraktion mehr als fatal, mülman ihr allmählich unterstellen, daß SP Vorschläge nur deshalb abgeschmettert wien, weil es SPD-Vorschläge sind. Im Fall detwas stärker forcierten Baus von Radfahrugen jedenfalls trat die CDU in die falsc Pedale und leistete sich einen kommunalpotischen »Platten«. Das Gefühl nämlich, daß das was weisen
200	ier im Gemeindehaus davon gemacht. Zu einem guten »Viertele«	werden, beinhalten mochte, der Vorschlag samt Antrag mußten spätestens dort als ge- scheitert betrachtet werden, wo es festzustel- len galt, daß sie von der SPD- und nicht von	drüben von der SPD« sagen, taugt zunäch einmal grundsätzlich und dann überhau nichts, dieses Gefühl erhob sich zur Peinlick keit.

»Langsames Bohren harter Bretter«

Wer die Wahlprogramme der Albstädter SPD und die Gemeinderatsprotokolle liest wird erstaunt feststellen, wie früh und mit welcher Beharrlichkeit die SPD Albstadt im sozialen und ökologischen Bereich Themen aufgegriffen hat und Anträge stellte. Einige Schwerpunkte waren z.B. Ganztages-Kindergärten, Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs, Ausbau von Radwegen, Fußgängerzonen in Ebingen und Tailfingen, Umwelt- und Landschaftsschutz, Energieeinsparungen und Regenerative Energien.

1984 hat die SPD-Fraktion ein Umwelt-Programm in den Gemeinderat eingebracht. Es blieb zunächst weitgehend unberücksichtigt.

Schon 1977 thematisiert die SPD das Problem der einseitigen Beschäftigungsstrukturen und des drohenden Bevölkerungsrückgangs in Albstadt. Auch dies bleibt von den anderen Parteien zunächst unbeachtet.

Sparsamkeit – Reduzierung der Schulden.

Grafik: Hans Georg Zimmermann, typomage – büro für gestaltung, Balingen

Das stand schon 1975 in der Mitte des SPD-Wahlprospekts zur Gemeinderatswahl und zog sich über Jahrzehnte wie ein roter Faden durch die Politik. Viele der geforderten Ziele sind heute erreicht und erscheinen selbstverständlich. Für die SPD-Fraktion war es über Jahrzehnte ein zäher Kampf, der zunächst meist in Abstimmungsniederlagen endete. Max Webers Wort vom »langsamen Bohren harter Bretter« galt auch für die SPD in Albstadt.

Wahlen

Neben den Gemeinderatswahlen musste sich der Ortsverein natürlich vor allem auch um die Kreistags-, Landtags- und Bundestagswahlen kümmern. Dazu kamen auch Prominente nach Albstadt wie z.B. der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der ehemalige SPD-Vorsitzende Jochen Vogel, Erhard Eppler, Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und viele andere.

Im Kreistag war und ist die Albstädter SPD dank der überragenden Wahlergebnisse ihrer Spitzenkandidaten Horst Kiesecker und Hans-Martin Haller immer gut vertreten.

Landtag: Horst Kiesecker hatte 1984 das Landtagsmandat verloren, 1988 um gerade mal 6 Stimmen verpasst und konnte erst 1992 bis 1996 wieder in den Landtag einziehen. Seit 2001 ist Hans-Martin Haller unser Abgeordneter.

Bundestag: Von 1969 bis 1994 vertrat Andreas von Bülow unseren Wahlkreis im Bundestag. Seitdem ist die SPD im Wahlkreis von keinem Abgeordneten mehr vertreten.

Hans-Martin Haller SPD-OB in Albstadt

Es war sicherlich der Höhepunkt für die Albstädter SPD in den vergangenen Jahrzehnten, als es Hans-Martin Haller 1991 ganz überraschend, und gegen die übermächtige Propaganda der CDU und eines Teils der Presse, gelang, die Oberbürgermeisterwahl zu gewinnen. Die Kommunalisierung der Elektrizitätsversorgung

Albstadts (erstaunlicherweise gegen die Stimmen der Grünen), die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNVs und die Verlängerung der Öffnungszeiten in den Kindergärten sind nur einige Punkte seiner Erfolgsbilanz. Haller packte auch unpopuläre Themen an und setzte die vom Gemeinderat noch zur Zeit seines Vorgängers beschlossene Osttangente mit dem Ebinger Tunnel, Sanierung der Langwatte und die Abschaffung der unechten Teilortswahl durch. Beides sind Projekte die heute von einer großen Mehrheit der Bürger in Albstadt positiv bewertet werden. Hans-Martin Haller war übrigens der einzige Albstädter Oberbürgermeister, in dessen Amtszeit die Schulden der Stadt nicht drastisch erhöht, sondern sogar leicht reduziert wurden. 1999 unterlag er bei der OB-Wahl dem CDU-Gegenkandidaten, Dr. Jürgen Gneveckow, der bis heute amtierender Oberbürgermeister der Stadt Albstadt ist.

Schock für die SPD

Markus Dapp, Vorsitzender des Albstädter SPD-Stadtverbands ab 2001, Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion ab 2009, mehrfach Zweitkandidat von Horst Kiesecker und Hans-Mar-



tin Haller und OB-Kandidat im Jahre 2007, starb im Juli 2012. Mit ihm verlor die Albstädter SPD ihren, auch vom politischen Gegner respektierten, kompetenten Hoffnungsträger, vor allem aber einen guten Freund und lieben Menschen.